

Beschluss



Allgemeine Anträge und Material für den PV

Der Parteivorstand prüft ob und wie ein Podcast-Kanal für die DKP eingerichtet werden kann.

Rehabilitierung und Wiedergutmachung der Opfer der Berufsverbote und der Opfer der Annexion der DDR

Die DKP fordert die Bundesregierung und den Bundestag auf, sich bei den vom Berufsverbot Betroffenen aus dem Bundesdienst (Bahn, Post, Zoll) für die verhängten Berufsverbote zu entschuldigen, sie politisch zu rehabilitieren und materiell zu entschädigen.

Diese Forderung gilt analog für die Landesbediensteten und richtet sich ebenso an die Landesregierungen (Senate) und Landtage (Bürgerschaften) sowie an die kommunalen Einrichtungen. Die Erlasse, mit denen die Berufsverbote umgesetzt wurden, sind aufzuheben. Die DKP begrüßt den von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) begonnenen Dialog mit den Fraktionen, der das Ziel hat, die Berufsverbote endgültig aufzuheben.

Die Politik der Berufsverbote wurde nach 1989 bruchlos gegen viele Bürger der DDR fortgesetzt. Die DKP fordert daher die Bundesregierung und den Bundestag sowie Landesregierung und Landtage auf, sich bei denjenigen zu entschuldigen, die nach 1989 aus politischen Gründen „wegen besonderer persönlicher Nähe zum System der ehemaligen DDR“ aus dem Dienst entfernt bzw. in ihren Versorgungsbezügen beschnitten wurden. Die Opfer der verhängten Berufsverbote sind politisch zu rehabilitieren und materiell zu entschädigen.

Wir beauftragen den Parteivorstand Richtlinien zur digitalen Sicherheit im Umgang mit sensiblen Daten zu entwickeln.

Geschichte der DDR

Der Parteitag beauftragt die Geschichtskommission des Parteivorstands, sich mit den Leistungen und Errungenschaften sowie den Ursachen der Niederlage des Sozialismus in der DDR und den anderen nicht mehr existierenden sozialistischen Staaten zu beschäftigen. Des Weiteren wird diese Kommission beauftragt, sich mit der Rolle der DKP in dieser Zeit kritisch auseinander zu setzen.

Krise der Automobilindustrie

Im Rahmen der W&S Kommission wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit den Umbrüchen in der Automobilindustrie beschäftigt. Dabei sollen möglichst aus allen bedeutenden Standorten GenossInnen vertreten sein. Ziel dieser Arbeitsgruppe soll sein, die Situation, vor der wir stehen, zu erfassen und Vorschläge für die gesamte Branche zu entwickeln. Diese Vorschläge werden für die Arbeit der Parteigruppen vor Ort zusammengefasst.

Tarifauseinandersetzung ÖPNV

Der Parteivorstand prüft, in welchem Maße sich die Partei in die 2020 kommende Kampagne der Gewerkschaften zum öffentlichen Nahverkehr einbringen kann. Inhalt der Kampagne ist die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, aber zugleich auch die Förderung des öffentlichen Nahverkehrs. Der Parteivorstand prüft, inwieweit eigene Forderungen entwickelt werden können, z.B. für einen kostenlosen ÖPNV.

Bundestagswahl 2021

Die DKP kandidiert zur nächsten Bundestagswahl, die voraussichtlich im Oktober 2021 stattfindet. Über die Form der Kandidatur und die inhaltlichen und räumlichen Schwerpunkte des Wahlkampfes wird vom Parteivorstand ein Diskussionsprozess in der Partei organisiert, der so frühzeitig zu einer Entscheidung des Parteivorstands führt, dass eine gute Vorbereitung der Kandidatur zur Bundestagswahl 2021 in den Organisationsgliederungen möglich ist. Ein wichtiger Punkt ist dabei, diese Wahl zum Aufbau der Partei in Ostdeutschland zu nutzen.

Stärkung der Bildungsarbeit

Das Bildungsbewusstsein muss angesichts der ideologischen Herausforderungen auf allen Ebenen der Partei gestärkt werden. Die Karl-Liebknecht-Schule hat dazu ein systematisches Kurssystem erarbeitet. Trotzdem und trotz der erfolgreichen Aktion der Herstellung von Bildungszeitungen findet Bildungstätigkeit nach wie vor nicht systematisch und flächendeckend statt. Der PT möge daher beschließen, dass die Mitglieder des PV als Multiplikatoren und Beispiel für die Bedeutung der Bildungsbereitschaft während ihrer Wahlperiode an einem Kurs an der Karl-Liebknecht-Schule teilnehmen.

Büchel Atomwaffenfrei!

Der Ortsname Büchel ist heute ein Synonym für die aktuelle Kriegsgefahr. Wir Kommunistinnen und Kommunisten wollen dazu beitragen, ihn zu einem Sinnbild des Widerstands gegen die NATO-Kriegspolitik zu machen.

Die Gliederungen der DKP machen sich die Forderung „Büchel Dichtmachen!“ auf breiter Ebene zu Eigen und bringen sie als eine zentrale friedenspolitische Forderung in die gesellschaftliche Debatte ein. Wir Kommunistinnen und Kommunisten sind auf den entsprechenden Aktionen der Friedensbewegung sichtbar anwesend, unterstützen die Kampagne „Büchel Atomwaffenfrei“ und beteiligen uns, möglichst gemeinsam mit der SDAJ, an den Aktionswochen des Bündnisses mit einer eigenen Präsenz. Im Sinne unserer Aktionen der letzten Jahre treten wir dabei als zuverlässige, solidarische und zielstrebige Bündnispartner in der Friedensbewegung auf.

Wir streben daher an, die Kampagne auch in den Jahren 2020 und 2021 durch einen qualitativ noch einmal gesteigerten Beitrag zu unterstützen und die Mobilisierung unserer Partei zu den Aktionen im Rahmen der Kampagne auszubauen. Dazu prüfen die Gliederungen unserer Partei, ihre Möglichkeiten, die DKP-Aktionspräsenz in Büchel zu unterstützen. Der PV erstellt Materialien, die die Mobilisierung unterstützen, macht Werbung und unterstützt die Aktionstage logistisch. Büchel dichtmachen! - Abrüsten statt Aufrüsten!

Materialien für den Parteivorstand

Rente

Da die Bundesregierung, insbesondere die Bundesbank, eine Verlängerung der Arbeitszeit bis zum Renteneintritt nicht erst jetzt fordert, hat die DKP ein weiteres Kampffeld im Klassenkampf gegen diese Angriffe durch das Kapital (EZB, Bundesbank) auf Sozialleistungen in der Bundesrepublik. Zumal offensichtlich ist, dass das auch ein Bestandteil für die Aufbringung der 2 % Rüstungskosten für die NATO bzw. für eine EU Armee ist.

Die Bundesregierung handelt hier im Auftrag der Profiteure von Banken, Unternehmen und Versicherungen. Sie hat es auf das Geld der Noch-Nicht-Rentner abgesehen.

Ein „noch höheres Renteneintrittsalter dient einzig und allein einer weiteren Kürzung der Rente“, so Jörg Hofmann, Vorsitzender der IG Metall.

Guido Zeitler, Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), lehnt die Forderung der Bundesbank, das Renteneintrittsalter auf fast 70 Jahre zu erhöhen, strikt ab. „Schon heute erreichen die meisten Menschen ein Renteneintrittsalter von 65, geschweige 67 Jahren, nicht gesund in Arbeit und nicht aus einer Vollzeitstelle heraus. Steigende Lebenserwartung heißt nicht automatisch, fit für den Job zu sein“, so Zeitler.

In Branchen mit harter körperlicher Arbeit – für Kellnerinnen oder Kellner, (Köchinnen oder Köche, Zimmerreinigungskräfte) Bäcker und Bäckereifachverkäuferinnen oder am Band in der Süßwarenindustrie – sei es weltfremd, einen Renteneintritt mit fast 70 Jahren zu planen.

Eine weitere Anhebung des Renteneintrittsalters würde deshalb das Problem der Altersarmut verschärfen. „Es käme schlichtweg einer Rentenkürzung gleich“, mahnt Zeitler.

„Auch Menschen mit gesundheitlichen Beeinträchtigungen oder ältere Erwerbslose brauchen Perspektiven für einen auskömmlich bezahlten Arbeitsplatz.“

Die von der Bundesbank behaupteten wesentlichen Stellschrauben der Rente sind keineswegs nur

- Rentenhöhe,
- Regelaltersgrenze,
- Beitragssatz und
- Höhe des Steuerzuschusses des Bundes.

Mit Absicht verschwiegen werden

- Produktivität,
- Anzahl der Einzahler,
- Höhe der Einkommen und
- die Möglichkeiten, die eine wirkliche paritätische Finanzierung bringen würde.

Die Arbeitsproduktivität wächst enorm.

Die Anzahl der Einzahler würde erhöht, wenn

1. durch Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich mehr Menschen in Beschäftigung kämen, und
2. mehr Menschen in die solidarische gesetzliche Versicherung einzahlten würden, wie beispielsweise Politiker, Manager und Selbstständige.

Mehr Einzahler und höhere Löhne erhöhen die Einnahmen.

Dafür muss die Regierung

- Tariffucht und prekäre Arbeitsverhältnisse verbieten,
- ein Allgemeinverbindlichkeitsgesetz,
- höheren Mindestlohn,
- Arbeitszeitverkürzung und
- volle paritätische Beteiligung der Unternehmer einführen.

Ein höherer Bundeszuschuss ließe sich leicht durch Umschichtung aus dem Rüstungshaushalt in die Rente ermöglichen.

Eine Angleichung der Rente Ost an West und die Beseitigung der Strafrenten für DDR Bürger ist ebenfalls eine unterstützungswürdige Forderung durch die DKP.

Der Klassenkampf nicht nur der Rentnerinnen und Rentner, sondern vor allem der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften steht auf der Tagesordnung für eine paritätische, umlagefinanzierte gesetzliche Rente und gegen Altersarmut.

Vorbereitung Parteitage

1. Die Mitgliederversammlungen und Delegiertenkonferenzen zur Wahl der Delegierten für die regelmäßigen Parteitage und für die Beratung der Anträge zum Parteitag finden von unten nach oben (von den Grundorganisationen, über die Kreise bis hin zu den Bezirks- oder Landesorganisationen) statt. Die Bezirks- oder Landeskonferenzen müssen rechtzeitig vor dem Antragsschluss für den Parteitag stattfinden.

2. Nach den regelmäßigen Parteitagen finden die Delegiertenkonferenzen und Mitgliederversammlungen von oben nach unten (von den Bezirks- oder Landesorganisationen über die Kreise bis hin zu den Grundorganisationen) statt. Entsprechend dem Statut wird dort Rechenschaft gegeben, die Aufgaben der nächsten Zeit auf der Grundlage der Beschlüsse der übergeordneten Organisationsebene beraten und beschlossen und die Wahlen zu den Leitungsgremien durchgeführt.

Als Material zum internationalen Antrag:

Einige unserer Schwesterparteien haben auch in Deutschland Parteistrukturen (z.B. die KKE und die TKP). Die Bezirke sind aufgefordert Kontakte mit diesen in Deutschland existierenden Parteilgruppen aufzunehmen bzw. diese Kontakte zu pflegen und auszubauen, insbesondere durch regelmäßigen politischen Austausch, gemeinsame Veranstaltungen und gemeinsame Auftritte in der Öffentlichkeit.